

EU-Nachrichten

KURZ & KNAPP

Asylrecht: 3
Neuer Anlauf in der EU

WDR Europaforum: 3
Oettinger fordert europäische
Abstimmung von Energiekonzepten

IM FOKUS

Normung: 5
Wettbewerbsfähig dank Standards
für Güter und Dienstleistungen

Korruptionsbekämpfung: 6
Härteres Vorgehen gegen Bestechung

HINWEIS

**Die nächste Ausgabe der
„EU-Nachrichten“ erscheint
am 30. Juni 2011.**

EHEC-KRISE

Agrarkommissar sagt Bauern Hilfe zu

Die durch die Verbreitung des EHEC-Bakteriums geschädigten Gemüsebauern können mit mindestens 210 Millionen Euro Soforthilfe aus dem EU-Haushalt rechnen. Dies will Agrarkommissar Dacian Cioloș den Mitgliedstaaten vorschlagen. Die Kompensationszahlungen sollen Erzeuger von Gurken, Tomaten und Salat erhalten sowie Produzenten von Zucchini und Paprika.

Die Hilfen sollen 50 bis 70 Prozent der Einkommensverluste zwischen Ende Mai und Ende Juni ausgleichen. Danach müsse man sehen, ob weitere Mittel benötigt würden, sagte Cioloș und fügte hinzu, wichtig sei zunächst eine schnelle Auszahlung. Das Geld für die Soforthilfe stammt aus dem EU-Agrarhaushalt.

<http://europa.eu/rapid/pressRelease-sAction.do?reference=SPEECH/11/422>



Wachstumsstrategie für das „Haus Europa“ in der Diskussion – City of Arts and Sciences - Valencia, Spanien

Engere wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU

Kommission gibt Empfehlung zu Reformplänen ab

Wenn im gemeinsamen „Haus Europa“ der eine Teil der Bewohner beständig mehr Geld ausgibt, als er einnimmt, dann nützt es nichts, wenn andere eisern sparen: In der gemeinsamen Haushaltskasse wird am Ende Ebbe herrschen. Diese Erfahrung haben die EU-Staaten beim Versuch gemacht, die globale Wirtschaftskrise zu meistern – die schwerste seit Bestehen der EU. Sie haben gelernt, dass es zur Bewältigung dieser Krise nicht reicht, sich jährlich nur die nationalen Haushaltsdefizite und Gesamtschuldenstände zur gegenseitigen Kontrolle vorzulegen, sondern dass sie ihre Wirtschafts- und Wachstumspolitik viel umfassender miteinander abstimmen müssen.

Ab sofort, so die Vereinbarung, werden die 27 EU-Staaten in der ersten Hälfte eines Jahres – dem sogenannten Europäischen Semester – die Kernpunkte ihrer Haushaltsentwürfe, die in den kommenden 18 Monaten geplanten strukturellen Reformen, etwa von Renten- und Gesundheitssystemen oder am Arbeitsmarkt, sowie ihre Pläne, wie sie die Ziele der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ erreichen wollen, miteinander koordinieren.

Dazu reichen sie der EU-Kommission bis April nationale Reformpläne ein. Die Kom-

mission misst diese am im Frühjahr formulierten EU-Jahreswachstumsbericht und bewertet sie. Dies hat die Kommission nun zum ersten Mal getan. „Heute haben wir einen weiteren entscheidenden Schritt dahin gemacht, Europas Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen und die Krise hinter uns zu lassen“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Vorstellung der Empfehlungen, die die Kommission allen 27 Mitgliedstaaten zu ihren Reformprogrammen mit auf den Weg gab.

(Artikel weiterlesen auf Seite 2)

(Fortsetzung)

„Es ist eine Antwort auf die Krise, die aus der Erkenntnis geboren wurde, dass unsere Volkswirtschaften heute in einem Ausmaß voneinander abhängig sind wie nie zuvor und dass dies verlangt, dass wir enger und effektiver zusammenarbeiten als in der Vergangenheit“, sagte Barroso.

Die Kommissionsempfehlungen werden nun von den Finanz- sowie den Arbeits- und Sozialministern diskutiert. Gebilligt werden sollen sie von den EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen am 23. und 24. Juni. Damit ist dann das „Europäische Semester“ abgeschlossen. Im zweiten Halbjahr, dem „Nationalen Semester“, sollen die Mitgliedstaaten die Haushalts- und Reformpläne in die Tat umsetzen. Ob das erfolgt ist, wird dann im nächsten Europäischen Semester bewertet.

Grundsätzlich ist die Kommission mit den ersten nationalen Reformplänen zufrieden. Jedoch seien einige Programme nicht ambitioniert, andere nicht spezifisch genug. Von den Zielen der EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ würden durch die vorliegenden Reformprogramme diejenigen zur Senkung der Schulabbrecherquote, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen erreicht.

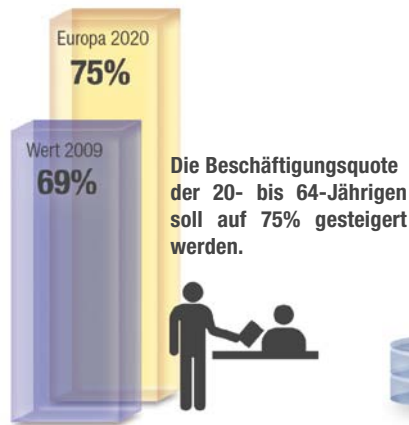
„Zusätzliche Anstrengungen werden nötig sein, um die Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Energieeffizienz, Bildung und Hochschulbildung sowie Armutsbekämpfung zu erreichen“, mahnte Barroso. Außerdem müssten viele Mitgliedstaaten mehr Ehrgeiz bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen zeigen, ohne wachstumsfördernde Aktivitäten wie Erziehung oder Forschung zu vernachlässigen.

Vier Empfehlungen für Deutschland

Auch Deutschland bekam Empfehlungen für den Reformkurs. Jürgen Kröger, Direktor in der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission, erläuterte diese im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung in der EU-Vertretung in Berlin. Generell hat Deutschland demnach seine Hausaufgaben gut gemacht. Mit der Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung nimmt die Bundesrepublik

NOCH EIN GANZES STÜCK WEG:

IST UND SOLL AUSGEWÄHLTER KERNZIELE DER EU-WACHSTUMSSTRATEGIE EUROPA 2020



3% des EU-Bruttoinlandsprodukts soll künftig in Forschung und Entwicklung investiert werden.



eine Vorreiterrolle in der EU ein. Vier Empfehlungen gibt die EU-Kommission den Deutschen mit auf den Weg, die bis Ende 2012 zu erfüllen sind:

1. Der Haushalt soll weiter konsolidiert werden. Die Nettoneuverschuldung soll dabei wieder unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Ein Ziel, das bereits 2011 erreicht werden dürfte. Mittelfristig (bis 2014) wird erwartet, dass die Neuverschuldung nur noch 0,5 Prozent des BIP beträgt. Angemahnt werden angemessene Bildungsausgaben und ein effizienteres Wirtschaften im Gesundheitswesen.

2. Deutschland soll seine Schwächen im Finanzsektor in den Griff bekommen. Kritisiert wird explizit die Situation bei den Landesbanken, die restrukturiert werden sollen, um ein langfristig tragbares Geschäftsmodell zu erhalten.

3. Ein Hauptaugenmerk gilt dem Fachkräftemangel in Deutschland. Hier schlägt die Kommission eine stärkere Einbeziehung von Frauen, älteren Arbeitnehmern, Menschen mit Migrationshintergrund und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vor. Notwendig dafür seien ein gerechterer Zugang zur Bildung, mehr Kinderbetreuungsplätze und Ganztagschulen sowie eine steuerliche Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen.

4. Bemängelt wurde auch die noch immer relativ hohe Regulierung des deutschen Dienstleistungssektors. Ungerechtfertigte Hürden für freie Berufe und Handwerker sollen abgeschafft werden. Darüber hinaus wird mehr Wettbewerb in den Netzindustrien (Strom und Schiene) gefordert. (frh/ves)

http://ec.europa.eu/europe2020/tools/monitoring/recommendations_2011/index_en.htm

Asyl:

Neuer Anlauf für gemeinsames Asylrecht in der EU

Die Europäische Kommission will erreichen, dass Asylanträge in allen EU-Staaten nach den gleichen Maßstäben beurteilt werden. Die für Innenpolitik zuständige Kommissarin Cecilia Malmström bemängelte, dass die Chancen auf Anerkennung von Land zu Land immer noch extrem unterschiedlich seien. „Das ist aber keine Lotterie“, so Malmström. 260.000 Menschen hätten 2010 um Asyl in der EU gebeten, hinter jedem Fall ständen menschliche Schicksale. „Wir brauchen ein EU-weites effizientes, gerechtes Asylverfahren und angemessene, vergleichbare Leistungen bei der Aufnahme von Asylbewerbern“, sagte Malmström.

Um diese Ziele zu erreichen, hat die Kommission neue Vorschläge für eine Asylverfahrensrichtlinie und eine Aufnahme richtlinie gemacht. Damit will sie die zwischen den Mitglied-

staaten festgefahrene Diskussion über ein gemeinsames Asylrecht wieder voranbringen. Auf die bisher vorliegenden Versionen dieser beiden Richtlinien konnten sich die Staaten nicht einigen.

Mit den beiden Gesetzen sollen unter anderem Standards für Art und Dauer der Verfahren und Anhörungen von Asylbewerbern festgelegt sowie Vorgaben für ihre Unterbringung, Gesundheitsversorgung, finanzielle Unterstützung und den Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt gemacht werden. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben das Ziel vorgegeben, bis 2012 ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu schaffen.

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/news_intro_en.htm

**WDR Europaforum:
Oettinger fordert europäische
Abstimmung von Energiekonzepten**

Seit der Katastrophe von Fukushima steht die Energiewende ganz oben auf der politischen Agenda. Beim WDR Europaforum machte EU-Kommissar Günther Oettinger nun deutlich, dass die Entscheidung über den Energiemix bei den Mitgliedstaaten liege, ein deutscher Alleingang beim Atomausstieg jedoch bei den europäischen Partnern auf wenig Verständnis stoße.



Man sei mitten in der „Europäisierung der Energiepolitik“, erklärte Oettinger in Berlin. Europas Energiewende müsse „nachhaltig und effizient“ sein und bedinge eine länderübergreifende Strategie. Deutschland müsse sein nationales Energiekonzept stärker mit seinen europäischen Nachbarn Tschechien, Polen, Frankreich und Belgien abstimmen, so der frühere baden-württembergische Ministerpräsident. Zudem müsse man sich auch hierzulande bewusst sein, dass Kernkraft noch auf Jahrzehnte hinaus Teil des europäischen Energiemix bleibe.

www.wdr.de/themen/politik/europa/europaforum_2011/de/ankuendigung.jhtml

**Finanzmärkte:
Hedgefondsregulierung in der EU
endgültig beschlossen**

Hedgefonds und Private-Equity-Unternehmen unterliegen in der EU künftig erstmals einer Regulierung. Eine entsprechende Richtlinie wurde jetzt endgültig beschlossen und muss von den EU-Staaten innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Künftig müssen sich die Manager von Hedgefonds bei den nationalen Regulierungsbehörden nach einheitlichen Standards registrieren lassen. So müssen sie unter anderem den Umfang des eingesetzten Kapitals offenlegen sowie über ein eigenes Mindestkapital verfügen. Den Verwahrstellen werden Haftungsregeln auferlegt, die sicherstellen sollen, dass bei Kapitalverlusten Ersatzansprüche geltend gemacht werden können.

Fondsmanager mit Sitz in der EU können ab 2013 einen EU-Fonds-Pass beantragen. Einmal in einem EU-Staat nach den EU-Kriterien zugelassen, können sie dann auch in allen anderen Mitgliedstaaten tätig werden. Manager aus Drittstaaten sollen den Pass erst ab 2015 erhalten.

Die Richtlinie regelt zudem das Geschäft von Investoren, die mit Risikokapital arbeiten. Eine Ausplünderung von Unternehmen zur kurzfristigen Gewinnmaximierung soll künftig verhindert werden. So ist es nach einer Übernahme einer Firma künftig zwei Jahre lang verboten, deren Substanz anzutasten. Mit der Richtlinie werden auch Regeln für die Gehälter der Fondsmanager beschlossen. Sie unterliegen nun den gleichen verbindli-

chen Auflagen, die die EU-Gesetzgebung für Banker vorsieht.

www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/122250.pdf

**Produktsicherheit:
Besserer Schutz vor gefälschten
Medikamenten**

Verbraucher in der EU sollen künftig sicherer vor gefälschten Arzneimitteln sein. In einer nun endgültig beschlossenen EU-Richtlinie sind beispielsweise Barcodes auf allen Packungen vorgesehen, die den Apothekern anzeigen, woher das Medikament kommt und ob es sich um ein Originalpräparat handelt. Fälschungssichere Merkmale an den Verpackungen wie Hologramme sollen verhindern, dass diese geöffnet werden und der Inhalt manipuliert werden kann.

Die Mitgliedsländer müssen die für verschreibungspflichtige Medikamente geltenden Regeln nun innerhalb von anderthalb Jahren in nationales Recht umsetzen. Zudem soll der Verkauf gefälschter Medikamente im Internet erschwert werden. Dazu werden von der EU anerkannte Onlineapotheken ein Logo erhalten, damit Patienten diese leichter von unseriösen Anbietern unterscheiden können.

Nach Angaben der EU-Kommission beschlagnahmte der Zoll 2008 rund 32 Millionen geschmuggelte Arzneimittel. Besonders häufig wird demnach das Potenzmittel Viagra gefälscht sowie Präparate wie Antibiotika, Krebsmedikamente, Mittel gegen Bluthochdruck oder Psychopharmaka.

www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/122248.pdf

Europa 2020 – Workshop im Landtag Nordrhein-Westfalens

Erfolg ist vom Engagement vor Ort abhängig

Arbeitslosigkeit senken und Bildungsniveau erhöhen, Millionen von EU-Bürgern vor Armut und Ausgrenzung bewahren und für mehr „intelligentes und nachhaltiges“ Wachstum in der EU sorgen: Das sind die anspruchsvollen Kernziele der für die nächsten zehn Jahre gültigen Wachstumsstrategie „Europa 2020“. Ob sie Erfolg hat, lässt sich aber nicht alleine von der Kommission steuern. Dazu muss die Gesamtstrategie durch viele konkrete Initiativen und Projekte mit Leben gefüllt werden – überall in der EU. So appellierte auch Cornelis-Mario Vis vom Büro der Politikberater des Präsidenten der EU-Kommission (BEPA) an die Teilnehmer eines Europa-2020-Workshops im Landtag von Nordrhein-Westfalen (NRW), sich aktiv an der Umsetzung der Strategie in NRW zu beteiligen.

Eingeladen zu dem Workshop am 30. Mai in Düsseldorf waren Abgeordnete und Mitarbeiter des Landtags sowie Mitarbeiter der Staatskanzlei und der Landesministerien.

„Europa 2020‘ ist ein auf lange Zeit angelegtes Reformprogramm, das unmittelbares Handeln erfordert, wobei die Wege zur Erreichung der gemeinsamen

BEPA

Das „**Büro der europäischen Politikberater**“ ist eine direkt dem Präsidenten der Europäischen Kommission, **José Manuel Barroso**, unterstellte Beratergruppe, deren zentrale Aufgabe es ist, das Kollegium der EU-Kommission mit Thinktanks, Universitäten, Organisationen der Zivilgesellschaft, Kirchen und Glaubensgemeinschaften in Kontakt zu bringen, um zur Formulierung europäischer Politik beizutragen.

Ziele durchaus auf regionale Anforderungen zugeschnitten sein können“, unterstrich Vis. Im Zusammenhang mit der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise warnte er eindringlich da-



Mehr intelligentes und nachhaltiges Wachstum in der EU – das forderten die Teilnehmer des Workshops „Europa 2020“

Matthias Herz, Teilnehmer



„Ich habe jetzt mehr Hintergrundwissen und es ist deutlich geworden, was sich hinter den Begriffen verbirgt. Vorher war mir zum Beispiel der Unterschied zur Lissabon-Strategie nicht klar. Solche Workshops sollte es öfter geben.“

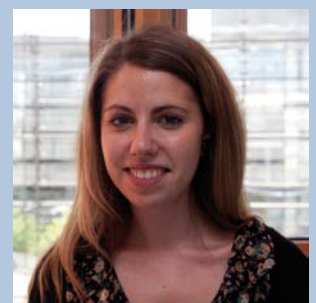
vor, zu einem „Weiter so“ zurückkehren zu wollen. Es müsse eine neue Balance zwischen der Wohlfahrt von der Wiege bis zur Bahre und einem entfesselten kapitalistischen System gefunden werden. „Die Strategie ‚Europa 2020‘ strebt daher nicht nur Wirtschaftswachstum an, sondern auch Nachhaltigkeit und die Berücksichtigung des europäischen Sozialmodells“, erläuterte Vis.

Der Leiter der regionalen Vertretung der EU-Kommission in Bonn, Stephan Koppelberg, würdigte die gute Zusammenarbeit mit dem Landtag und die Bereitschaft des Präsidenten des NRW-Landtages, Vertreter der Europäischen Kommission zu Wort kommen zu lassen und mit ihnen über die strategischen Ziele der EU zu diskutieren. „Dass wir nun bereits zum zweiten

Mal einen EU-Workshop in Kooperation mit dem NRW-Landtag durchführen können, ist beispielgebend für das europäische Engagement dieses Landesparlamentes“, sagte Koppelberg. Erfreulich nannte er auch das große Interesse, die lebendige Diskussion und das positive Feedback von den Teilnehmern.

Darüber hinaus wurden in dem Workshop die Aufgaben der regionalen Vertretung der EU-Kommission in Bonn und die Onlineangebote der EU vorgestellt.

www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/1.7/Europa/Aktuelle-Meldungen/3005-KOM.jsp



Julia Jankovic, Teilnehmerin

„Der Workshop war sehr hilfreich bei der Klärung von Begriffen, so weiß ich jetzt, was ‚smart and sustainable growth‘ ist. Man kennt jetzt endlich mal ein Gesicht. Sonst weiß man ja nicht, wer hinter dem anonymen Apparat in Brüssel steckt.“

Standards für Güter und Dienstleistungen

Schnellere Normierung soll Wettbewerbsfähigkeit steigern

Normung bedeutet nicht nur bei Industrieprodukten, sondern auch bei Dienstleistungen eine große Chance für wirtschaftliches Wachstum. Die aktuellen Vorschläge der Europäischen Kommission zur Stärkung des europäischen Normungssystems sehen daher auch Standards für Dienstleister vor. Auch die Entwicklungszeit von Normen soll sich verkürzen. Bislang brauchte die Entwicklung einer Europäischen Norm mehrere Jahre, sodass manche Normen den sich rasch weiterentwickelnden Technologien hinterherhinkten. Die EU-Kommission will die Entwicklung technischer und qualitativer Vorgaben für Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen beschleunigen.

„Ein dynamisches europäisches Normungssystem ist von wesentlicher Bedeutung, um Qualität und Innovation voranzubringen und Europas Rolle als weltweiter Wirtschaftsakteur zu stärken“, sagte Industriekommissar Antonio Tajani. Eine negative Folge der schleppenden Entwicklung europäischer Normen sei die Fülle inkompatibler nationaler Standards, die schlimmstenfalls zur Marktabschottung benutzt würden.

Handyladegerät als Paradebeispiel

Ziel der Kommission ist es vor allem, in jenen Wirtschaftszweigen die Anzahl einheitlicher Normen zu erhöhen, in denen Europa weltweit führend ist. Unterschiedliche Standards in den Mitgliedstaaten, etwa für Laptopkabel, seien aber auch für jeden Bürger ein konkretes Problem, betonte Tajani. Die vorgestellte Strategie umfasst rechtssetzende Maßnahmen wie den Vorschlag für eine Verordnung zur Normung und Empfehlungen an Akteure des europäischen Normungssystems. EU-Ministerrat und Europäisches Parlament müssen den Plänen zustimmen, ehe sie, wie von der Kommission angestrebt, ab 2013 in Kraft treten können.

Als Paradebeispiel für eine sinnvolle EU-Norm gilt der neue Standard für ein



Das Gebäude des Deutschen Instituts für Normung (DIN) in Berlin

universelles Ladegerät für alle Mobiltelefone. Beispiel für eine bislang unbestimmte Vorgehensweise sind dagegen die Standards für Ladesysteme von Elektroautos. Damit in solchen Fällen rasch gemeinsame Normen entwickelt werden können, will die Kommission künftig den Normungsbehörden eine Frist für die Entwicklung von Standards setzen. Bis 2020 soll die durchschnittliche Entwicklungszeit für eine EU-Norm von derzeit 36 auf 18 Monate reduziert werden. Bei den zunehmend wichtigen technischen Spezifikationen für die Telekommunikations- und Informationstechnologien sollen auch Privatinitiativen eingebunden werden, etwa Firmenkonsortien wie Wi-Fi, das Funkchnittstellen bei Geräten zertifiziert.

Dienstleistungsstandards in der Diskussion

Ein großer Schwerpunkt in dem von der Kommission am 1. Juni vorgelegten Entwurf für eine Verordnung, die drei bestehende Richtlinien ablösen soll, ist der Aufbau eines einheitlichen Normungssystems für Dienstleistungen. Obwohl die Dienstleistungsbranche der mit Abstand größte Wirtschaftssektor der EU ist, gibt es hier verglichen mit einer Fülle nationaler Normen bisher nur wenige EU-Standards, in

erster Linie für das Transport- und Logistikgewerbe sowie das Postwesen. Vor allem für Unternehmen der Spitzentechnologie könnten Dienstleistungsnormen wirtschaftliche Vorteile bringen, da sie ihre Produkte häufig in Verbindung mit einem Wartungsservice verkaufen, erklärte die Kommission. Dienstleistungsnormung könne gerade für deutsche Unternehmen neue Märkte öffnen, erklärte hierzu das DIN-Institut. Entscheidend sei aber auch hier nicht ausschließlich der politische Wille, sondern der Wille der Wirtschaft, freiwillige Normen zu erarbeiten.

Eine Reihe von Vorschlägen für EU-Dienstleistungsstandards hat bereits der Europäische Normungsausschuss CEN vorgelegt. Unter anderem sind Standards für Altenheime, Empfangsdienste oder für ausgelagerte IT-Dienste vorgesehen. Die Kommission hat zudem angekündigt, dass sie über den Gesetzesvorschlag hinaus auch ein Jahresprogramm für Standardisierungsziele sowie neue Vorgaben für die europäischen Normungsorganisationen CEN, CENELEC und ETSI vorlegen will. (ste)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/668&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Korruptionsbekämpfung

Kommission will härter gegen Bestechung vorgehen

Kein Land der Welt ist immun gegen Korruption. Auch nicht die EU-Mitgliedstaaten. So sind vier von fünf EU-Bürgern der Meinung, dass Korruption in ihrem Land ein großes Problem ist. Schätzungen zufolge kostet Korruption die europäische Wirtschaft jedes Jahr rund 120 Milliarden Euro. Ein neues Beobachtungs- und Bewertungssystem soll nun den Kampf gegen Korruption systematisieren: Der EU-Antikorruptionsbericht wird ab 2013 im Zweijahresturnus den Stand der Korruptionsbekämpfung in allen 27 Mitgliedstaaten beleuchten. Der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Bericht soll Anstrengungen, Erfolge und Misserfolge offenlegen.

Zwar existieren bereits etliche internationale und europäische Vorschriften zur Korruptionsbekämpfung, deren Umsetzung sei in den Mitgliedstaaten allerdings „sehr unterschiedlich“, erklärte die zuständige EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström: „Ich schließe daraus, dass es den Politikern und Entscheidungsträgern am nötigen Willen zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsform mangelt.“ Doch es geht der Kommission nicht um eine groß angelegte Schelte. Wie Malmström sagte, werde der Bericht vielmehr den Austausch bewährter Praktiken ermöglichen und auch Verbesserungsvorschläge für die Mitgliedstaaten enthalten.

Parallel dazu werde die Kommission in allen EU-Politikbereichen verstärkt auf Bestechung achten, gab Malmström den Kurs der neuen Antikorruptionspolitik vor. Im Herbst will die Innenkommissarin Änderungen der EU-Regeln für die Beschlagnahme illegal erworbener Vermögenswerte vorschlagen sowie eine Verbesserung der strafrechtlichen Finanzermittlungen in den Mitgliedsländern. Überarbeitet werden sollen auch die EU-Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen sowie für Bilanzierung und Abschlussprüfung. Eine Strategie zur Verhinderung von Betrug zulasten der Finanzinteressen der EU ist ebenfalls in Arbeit.



Schätzungen zufolge kostet Korruption die europäische Wirtschaft jährlich rund 120 Mrd EUR.

Mehr Aufmerksamkeit gegenüber Korruption soll künftig nicht nur Ländern, die der EU beitreten wollen oder die von der EU-Entwicklungszusammenarbeit profitieren, gelten – auch vor der eigenen Haustür will Malmström kehren: „Wir müssen sicherstellen, dass EU-Mittel korrekt vergeben werden. Hier bleibt auch in den EU-Institutionen einiges zu tun.“

Deutschland muss nachbessern

Einiges zu tun gibt es auch in Deutschland. So gibt eine Korruptions-Rangliste von Transparency International Aufschluss über den Grad der wahrgenommenen Bestechlichkeit von Beamten und Politikern weltweit: Während Somalia die Negativ-Spitze markiert und Dänemark die Flagge der Unbestechlichen trägt, tummelt sich Deutschland mit Platz 15 im Mittelfeld – gemessen an vergleichbaren europäischen Industrieländern allerdings keine vorteilhafte Position.

„Das Wichtigste ist, dass Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert“, meint Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer von Transparency Deutschland. Auch gebe es in Deutschland „kein Korruptionsregister“, das schwarze Schafe auflistet. „Es gilt, Auslands- und Inlandsbestechung gleichermaßen zu bekämpfen“, betont Hum-

borg. Wer Bestechung bei Geschäften im Ausland akzeptiere, müsse damit rechnen, „den Bumerang ins eigene Land zurückzubekommen“.

Vorbildfunktion

Bezogen auf die Weltwirtschaft, attestiert Professor Holger Görg vom Kieler Institut für Weltwirtschaft den europäischen Bemühungen gegen Bestechungen derweil Vorbildfunktion. „Einerseits kommen durch die Globalisierung Migranten aus Ländern zu uns, wo Korruption akzeptierter ist, das könnte bei uns etwas verändern“, so der Globalisierungsexperte: „Aber der positive Umkehrschluss dürfte stärker sein. So müssen sich die Länder, denen es wirtschaftlich schlecht geht, an gesünderen Volkswirtschaften orientieren.“ Sie müssten ihre Rahmenbedingungen verbessern und Korruption abbauen, um mitspielen zu können.

Egal in welchem Land bedeute Korruption aber immer Kosten für die Volkswirtschaften, ist sich der Experte sicher. Korruption untergrabe zudem das Vertrauen der Bürger in politische Institutionen und schwäche damit die Demokratie. Und das zu unterbinden, bleibe Hauptziel der EU-Strategie. (Ibl)

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/news_intro_en.htm#201100606

Datum	Thema	Ort	Kontakt
14.06.2011 18.30 Uhr	Podiumsdiskussion Die Reform der Europäischen Economic Governance – Steht am Ende mehr Europa? Veranstalter: Postgraduierten-Studiengang Europawissenschaften (Berlin)	Besucherzentrum des Auswärtigen Amtes Werderscher Markt 1 10117 Berlin	podiumsdiskussionewsberlin@gmail.com www.europawissenschaften-berlin.de
14.06.2011 18.00 Uhr	Vortrag mit anschließender Diskussion „Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft – eine Bilanz“ Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung (Berlin)	Botschaft der Republik Ungarn Unter den Linden 76 10117 Berlin	anmeldung@schwarzkopf-stiftung.de
15.06.2011 18.30 Uhr	Vortrag „Who do I call if I want to call Europe?“ – Europa auf dem Weg zu einer Stimme in der Außenpolitik Veranstalter: Europe Direct Relais Rhein-Main	Kreishaus Werner-Hilpert-Straße 1 63128 Dietzenbach	s.moeller@kreis-offenbach.de www.kreis-offenbach.de/europa
15.06.2011 15.00-17.00 Uhr	Seniorenkampagne „Mitten im Leben – mitten in Europa“ Auftaktveranstaltung einer landesweiten Seniorenkampagne in Niedersachsen mit insgesamt 30 Veranstaltungsorten. Veranstalter: EIZ Niedersachsen	Freizeitheim Hannover-Döhren An der Wollebahn 1 30519 Hannover	Hannelore.stendel@stk.niedersachsen.de
20.06.2011 15.00 Uhr	Vortrag „EP-Berichterstatter im Dialog“ mit Reinhard Bütikofer Veranstalter: Informationsbüro des Europäischen Parlamentes in Deutschland, Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland	Informationsbüro des Europäischen Parlamentes Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.europaeischebewegung.de/index.php?id=14114
24.06.2011 13.00 Uhr	Diskussion im Rahmen der Berliner Stiftungswoche „Europa braucht aktive Bürger“ Veranstalter: Stiftung Zukunft Berlin	dbb club im dbb forum berlin Friedrichstraße 169/170 10117 Berlin	www.stiftungzukunftberlin.eu
28.06.2011	Europa in 24 Stunden Der erste Europatag an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Veranstalter: Collegium Europeum Jenense an der Friedrich-Schiller-Universität in Kooperation mit der Stadt Jena, dem Thüringer Justizministerium und der Staatskanzlei	Campusgebäude der Friedrich-Schiller-Universität Jena Ernst-Abbe-Platz 07743 Jena	www.europatag.uni-jena.de/
29.06.2011 18.00 Uhr	Gesprächsrunde „Ungarn und Europa – Magyarország és Európa“ Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Europa Zentrum Stuttgart Nadlerstraße 4 70173 Stuttgart	Stefanie.woite@europe-direct-stuttgart.de
30.06.2011 14.00-18.00 Uhr	Info-Veranstaltung zum EU-Bürgerschaftsprogramm Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, europäische Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen stärker am Zusammenwachsen Europas zu beteiligen. Zu diesem Zweck hat sie das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ins Leben gerufen, das Städtepartnerschaften, Bürgerprojekte und ähnliche Aktivitäten mit Zuschüssen fördert, sofern sie einen europäischen Mehrwert erbringen. Veranstalter: Stabsstelle „Förderung Bürgerschaftliches Engagement“	Europa Zentrum Stuttgart Nadlerstraße 4 70173 Stuttgart	Florian Setzen Tel: 0711-216-1578

Impressum

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstraße 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Carsten Lietz, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Vera Schrader, Armin Kalbfleisch, Christian Baumgart
Dow Jones News GmbH • Baseler Arkaden • Wilhelm-Leuschner-Straße 78
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@dowjones.com

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Sicherer einkaufen: Europäische Verbraucherzentren machen sich für Käufer in der EU stark



Wenn es Probleme beim Kauf eines Produktes oder einer Dienstleistung von einem Anbieter in einem anderen EU-Mitgliedstaat gibt, kann das Europäische Verbraucherzentrum im eigenen Land weiterhelfen. Das Netz der Europäischen Verbraucherzentren (ECC-Net) stand 2010 in mehr als 71.000 Fällen kostenlos mit Rat und Tat zur Seite. Laut Jahresbericht 2010 ist die Zahl der bearbeiteten Vorgänge damit gegenüber 2009 um 15 Prozent gestiegen. Jede dritte Beschwerde richtete sich gegen einen Verkehrsdienstleister, davon rund 60 Prozent gegen Fluggesellschaften. Über die Hälfte der bearbeiteten Beschwerden entfielen auf Onlinekäufe.

Das Netz der Europäischen Verbraucherzentren (ECC-Net) erstreckt sich auf 29 Länder (d. h. alle EU-Mitgliedstaaten plus

Norwegen und Island). Die Zentren werden gemeinsam von der Europäischen Kommission und den einzelstaatlichen Behörden finanziert. In den Zentren können sich die Verbraucher per E-Mail oder im persönlichen Gespräch vorab beraten lassen, damit sie beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen in einem anderen EU-Mitgliedstaat sowie in Norwegen und Island keine bösen Überraschungen erleben.

Hat ein Verbraucher dann doch Grund zur Beschwerde (z. B., weil eine ihm nach EU-Recht zustehende Reparatur, ein Ersatz oder eine Erstattung verweigert wird) und kann er die Angelegenheit mit dem Händler in dem anderen EU-Mitgliedstaat nicht selbst regeln, so können die Verbraucherzentren die Angelegenheit für ihn übernehmen. In vielen Fällen wird dann das Verbraucherzentrum im Land des Händlers einbezogen.

<http://ec.europa.eu/consumers/ecc/>

Online-Lifestyle-Magazin: „Europe & Me“ gewinnt Jugendkarlspreis

„Europe & Me“ („Europa & Ich“), ein britisches Online-Lifestyle-Magazin für junge Europäer, hat den ersten Preis beim Wettbewerb um den Europäischen Jugendkarlspreis 2011 gewonnen.

EUROPE & ME



Der zweite Preis ging an „Balkans Beyond Borders“ (Balkan jenseits der Grenzen), ein griechisches Kurzfilmprojekt. Der dritte Preis wurde dem spanischen „Escena Erasmus-Projekt“, einem kulturellen Austauschprogramm für Erasmusstudenten, zuerkannt. Der Jugendkarlspreis wird jährlich für Projekte vergeben, die ein gemeinsames Bewusstsein europäischer Identität und Integration unter jungen Menschen fördern.

www.europeandme.eu/

„Tell your story“: Offener Wettbewerb mit Geschichten über Leben, Arbeiten und Studieren in Europa

In Europa zu leben, zu arbeiten oder zu studieren ist großartig – kann aber zugleich schwierig sein. Ein offener Wettbewerb bietet allen europäischen Bürgern, Verbrauchern und Unternehmen die Möglichkeit, ihre Geschichte zu erzählen und damit ihre Erfahrungen mit Europa zu teilen.

Dieser Wettbewerb wurde gemeinsam von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament sowie von der künftigen polnischen Ratspräsidentschaft im Rahmen des Binnenmarktforums ausgerufen. Ziel ist die Sammlung von Erfahrungsberichten in allen Mitgliedstaaten über die Anwendung des Binnenmarktes durch seine Hauptakteure. Die Geschichten werden ein Ausgangspunkt für die Diskussionen beim Binnenmarktforum sein.

Einsendeschluss ist der 24. Juni 2011. Die fünf Finalisten des Wettbewerbs werden nach Krakau eingeladen, um ihre Erfahrungsberichte beim Binnenmarktforum vom 2. bis 4. Oktober 2011 zu präsentieren.

<http://meinegeschichte.eu/de>

